

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 19.10.2023, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Präsentation der Arbeit der Kindertagespflege in Geilenkirchen
Vorlage: 2895/2023
2. Bericht über die Entwicklung in der stationären Jugendhilfe
Vorlage: 2896/2023
3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2024 für das Jugendamt
Vorlage: 2897/2023
4. Ausweitung der Kindertagesbetreuung in Geilenkirchen
Vorlage: 2902/2023
5. Mitteilungen der Verwaltung
Vorlage: 2899/2023
6. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Michael Kappes

Stellvertretende Vorsitzende

2. Judith Jung-Deckers

Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

3. Cornelia Banzet
4. Katharina Horrichs-Gerads
5. Dirk Kochs
6. Anke Schiffer
7. Ursula Rudzki

Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

8. Hans-Jürgen Benden Vertretung für Frau Ruth Thelen
9. Dietmar Ernst
10. Stefanie Fritz-Begas
11. Ingrid Grein
12. Sonja Krumscheid
13. Andreas Wagner

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

14. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
15. Ruth Bürgens
16. Sibilla Maria Gärtner
17. Bernhard Kozikowski
18. Sonja Peters
19. Florian Krell Vertretung für Frau Tatjana Neumann

20. Hermann-Josef Lehnen
21. Heinz Pütz
22. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

von der Verwaltung

23. Michael Goebbels
24. Christoph Nilles

Protokollführer

25. Noah Schlebusch

Es fehlten:

26. Peter Barwinski
27. Kriminalhauptkommissar Hermann Deffur
28. Petra Friedrichs
29. Sebastian Herweg
30. Gertrud Pacilli
31. Sarah Sontopski
32. Jennifer Ueberwolf
33. Tatjana Neumann
34. Ruth Thelen

Herr Vorsitzender Kappes eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder und Zuschauer. Er stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Für die Sitzung hatten sich Frau Schuricht, Frau Friedrichs, Frau Neumann, Herr Barwinski und Frau Thelen entschuldigt. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest. Seit der letzten Sitzung sind Frau Gärtner, Frau Rudzki und Herr Krell neue Mitglieder des Jugendhilfeausschusses geworden, weshalb er sie verpflichtete. Bedenken gegen die Niederschrift der letzten Sitzung seien bislang nicht geäußert worden. Auf weitere Nachfrage meldete sich keines der Ausschussmitglieder.

**TOP 1 Präsentation der Arbeit der Kindertagespflege in Geilenkirchen
Vorlage: 2895/2023**

Die Kindertagespflege stellte die beigefügte Präsentation vor.

Die Verwaltung korrigierte die vorherige Darstellung dahingehend, dass nicht eine, sondern in Abhängigkeit der Anzahl der betreuten Kinder bis zu fünf Stunden pro Woche an allgemeiner Zeit vergütet würden. Die zuständige Fachberatung des Jugendamtes sei auf der Suche nach neuen Tagesmüttern. Die Möglichkeit der Einrichtung einer Großtagespflege werde erneut in Betracht gezogen, sobald geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Der seitens der Tagespflege anvisierte Vertretungsstützpunkt sei aus finanziellen und personellen Gründen nicht zu realisieren. Die Geilenkirchener Richtlinien wichen von denen anderer Kommunen ab, um den Tagesmüttern in bestimmten Bereichen bessere Konditionen bieten zu können. Auf der Internetseite der Stadt Geilenkirchen sei für Eltern mit Betreuungsbedarf bereits ein Hinweis auf die Fachberatung angebracht worden.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte die Tagespflege mit, dass die in der Vergangenheit bereits ausgeschiedenen Tagesmütter ihre Tätigkeit aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen und den Belastungen der Corona-Pandemie niedergelegt hätten.

**TOP 2 Bericht über die Entwicklung in der stationären Jugendhilfe
Vorlage: 2896/2023**

Die Verwaltung berichtete über einen bundesweiten Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten für Jugendliche; dies gelte sowohl für Akutsituationen als auch für langfristige Unterbringungen. Die Gründe seien vor allem im allgemeinen Fachkräftemangel zu finden; ferner benötigen auch die unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber zusätzliche Plätze. Derzeit sei es noch nicht vorgekommen, dass Einzelfälle zu Lasten anderer priorisiert werden müssten; die Notfallambulanz in Kaarst konnte in der Vergangenheit aufgrund der hohen Auslastung jedoch bereits mehrfach keine neuen Fälle aufnehmen. Dies sei auch den immer längeren Verweildauern geschuldet. Das Wissen um den vorgenannten Platzmangel sei eine zusätzliche Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Jugendämter des Kreises Heinsberg hätten in der Vergangenheit bereits angedacht, gemeinsam eine Unterbringungsmöglichkeit für die Jugendlichen einzurichten, stünden hierbei jedoch vor den gleichen Problemen bezüglich des Personals und der Kosten. An dieser Stelle sei zu beachten, dass von den anvisierten zwanzig Plätzen für den gesamten Kreis lediglich ca. drei auf Geilenkirchen entfallen würden, was keine signifikante Besserung darstelle.

**TOP 3 Aufstellung des Haushaltsplanes 2024 für das Jugendamt
Vorlage: 2897/2023**

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte die Verwaltung mit, dass die Stelle der Netzwerkkoordinatorin im Rahmen einer internen Umstrukturierung besetzt worden sei. Die Vollzeitstelle des Verfahrenslotsen werde hingegen zum 01.12.2023 durch einen externen Neuzugang besetzt. Dieser berate Familien und sei ein Ansprechpartner für Eltern.

Die Bürgerliste erklärte sich mit den im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Minderjährige angestrebten Poollösungen einverstanden, bat jedoch darum, Härtefälle gesondert zu berücksichtigen. Auf Nachfrage teilte die Verwaltung mit, dass es derzeit keine städtischen Schulsozialarbeiter gebe. Sofern diese Stellen eingerichtet werden sollen, wären die zusätzlichen Personalkosten seitens des Rats zu genehmigen.

Herr Vorsitzender Kappes wies darauf hin, dass im Beschlussvorschlag die falsche Jahreszahl angegeben sei. Er stellte daraufhin folgenden korrigierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze in den Gesamthaushalt der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2024 einzustellen und zu verabschieden.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze in den Gesamthaushalt der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2024 einzustellen und zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	
Enthaltung:	

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 Ausweitung der Kindertagesbetreuung in Geilenkirchen
Vorlage: 2902/2023

Mit Verweis auf die Vorlage teilte die Verwaltung mit, dass sich der Kriegsausbruch in der Ukraine auch negativ auf die Situation der Betreuungsplätze auswirke. Derzeit würden vor allem in den Bereichen U2 und U3 viele Plätze angefragt. Dies habe zur Folge, dass das Einstiegsalter in die Kita sinke. Ferner sei ein angestiegener Zuzug von Familien zu verzeichnen, welche freilich ebenfalls Plätze benötigen. Langfristig müsse noch eine weitere Kita eröffnet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Errichtung einer Kita durch oder für das DRK als Träger hinaus die Entstehung einer weiteren Kindertageseinrichtung in Geilenkirchen zu planen und voranzutreiben und die notwendigen Vereinbarungen sowohl mit einem Träger als auch Investoren zu schließen. Über die Entwicklung und die Sachstände wird die Verwaltung die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	
Enthaltung:	

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung
Vorlage: 2899/2023

Die Verwaltung teilte mit, dass die FDP sich vorab an sie gewandt habe, da seitens der Eltern Beschwerden über die Qualität und den Umfang der Mittagsverpflegung in den Schulen an sie herangetragen worden seien. Auf weitere Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Zuständigkeit bei der MalteserWerke gGmbH als Trägerin der offenen Ganztagschulen liege. Dort seien vereinzelt Fälle bekannt, in welchen sich die Eltern unzufrieden mit der Mittagsverpflegung zeigten. Die Eltern würden vorab über die Menüs informiert und das Essen sei immer in ausreichenden Mengen vorhanden. Ferner bestünde für die Eltern das Angebot, das Essen persönlich zu kosten. Die Rückmeldungen aller Schulen ergäben das gleiche Ergebnis.

Frau Rudzki gab hierauf bekannt, dass laut ihren Informationen Kinder häufig hungrig nach Hause kämen und der Zugang für Eltern zwecks Überprüfung des Mittagessens seitens der Schule häufig verwehrt worden sei. Ferner wurde moniert, dass es in Deutschland lediglich Empfehlungen und keine gesetzlichen Vorgaben für das Schulessen gebe.

Im Anschluss hieran gab die Verwaltung bekannt, dass am 20.09.2023 das erste Treffen des Arbeitskreises zwecks Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Jugendhilfe stattgefunden habe. Hierbei sei altersmäßig zunächst der Elementarbereich beleuchtet worden; in der kommenden Sitzung wolle man sich dem Lebensabschnitt der Schulzeit widmen.

TOP 6 Anfragen

Der Behindertenbeauftragte teilte mit, dass in den Räumlichkeiten des Regenbogenprojektes derzeit noch keine Barrierefreiheit hergestellt worden sei. Dies setze eine Nutzungsänderung voraus, welche noch zu erstellen sei. Die Verwaltung wies darauf hin, dass die Prüfung in der Zuständigkeit des Bauamtes liege.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte die Verwaltung mit, dass noch geprüft werden müsse, ob für Ausschussmitglieder ein Anspruch auf Übernahme der Fortbildungskosten durch den städtischen Haushalt bestehe.

Der Vorsitzende beendete um 20:07 Uhr die Sitzung.

Gez. Kappes
Vorsitzender

Gez. Schlebusch
Schriftführer